



Da Bua ...

WWW.SN.AT/WIZANY

Per Dekret einen Wahlsieg für nichtig erklären

Die Liste Jetzt will Regierungsmitglieder, die per Misstrauensantrag aus ihrem Amt entfernt wurden, per Gesetz daran hindern, als Kanzler oder Minister zurückzukehren. Die Idee verdient es, fortgesponnen zu wer-

zwei Jahren wegen einschlägiger Verdachtsmomente reumütig den Nationalrat verlassen, nur um bald darauf, weil strafrechtlich nichts hängen blieb, wieder im Parlament aufzutauchen, wo er seither die Moralkeule gegen alle anderen schwingt. Man muss also davon ausgehen, dass die Liste Jetzt ein Rückkehrverbot nicht für Parlamentarier will, sondern für Regierungsmitglieder. Genauer gesagt: für Sebastian Kurz, dessen möglichen Wahlsieg die Liste Jetzt per Dekret für nichtig erklären will. Der Antrag tut nichts zur Sache, weil er im Parlament durchfallen wird. Er zeigt aber, welches Demokratieverständnis bei der Liste Jetzt herrscht.

GLOSSE
Andreas Koller

den. Man könnte etwa verlangen, dass jemand, der wegen des Vorwurfs sexueller Belästigung aus dem Parlament ausschied, kein Mandat mehr annehmen darf. Aber halt! In diesem Fall würde die Liste Jetzt ja ihren Spitzenkandidaten Peter Pilz verlieren. Dieser hat vor

Der Kampf um Stadt und Land

Warum sich ÖVP-Chef Sebastian Kurz gern als Kind des Waldviertels darstellt und SPÖ-Chefin Rendi-Wagner als Kind des Wiener Gemeindebaus.

MARIA ZIMMERMANN

WIEN. Sebastian Kurz ist Wiener. Er wuchs in Meidling auf, ging dort zur Schule und wohnt noch heute in dem Bezirk. Dennoch wird er bei keiner Gelegenheit müde, auf seine Waldviertler Wurzeln hinzuweisen, zu betonen, dass er auch ein niederösterreichisches Landkind sei. Er erzählt von seiner Großmutter im kleinen Zogelsdorf, bei der er an Wochenenden und im Sommer war, und wie ihn das alles geprägt hat.

Pamela Rendi-Wagner wiederum, längst in der Wiener Innenstadt beheimatet, verweist immer wieder darauf, dass sie ihre ersten Lebensjahre im Gemeindebau verbracht hat. Auch auf ihrer Homepage beschreibt sie, wie sie in der Per-Albin-Hansson-Siedlung als Tochter einer jungen, alleinerziehenden Mutter oft das erste Kind im Kindergarten war und das letzte, das abgeholt wurde. Und wie sie später dank Bruno Kreisky studieren und Karriere machen konnte.

Was in den Lebensgeschichten der Spitzenkandidaten von ÖVP und SPÖ hervorgestrichen wird, ist Programm: Kurz und Rendi-Wagner wollen bei ihren Wählern punkten. Kurz vor allem auf dem Land, Rendi-Wagner vor allem in den Städten,

allen voran in Wien – dort, wo sie jeweils die meisten Stimmen holen.

Bei der EU-Wahl im Mai etwa erhielt die ÖVP 35,6 Prozent. Hätte man nur in kleineren Gemeinden und Dörfern gewählt, wäre das Ergebnis der ÖVP um rund zehn Prozentpunkte besser gewesen, wie Meinungsforscher Christoph Hofinger von Sora sagt. Dass Sebastian Kurz die meisten Kilometer auf dem Land macht, schlägt sich auch im Wahlprogramm nieder: Er verspricht Landarztstipendien, mehr Geld für die Regionen, bessere Kinderbetreuung. Zugleich setzt es Seitenhiebe auf das rot-grüne Wien.

Dass die SPÖ verstärkt auf den urbanen Raum setzt, wird ebenfalls im Wahlprogramm sichtbar, vor al-

lem beim Thema „leistbares Wohnen“: Da wird gegen Leerstände argumentiert oder gefordert, dass die Maklergebühren künftig der Vermieter und nicht der Mieter tragen soll. Bei der Nationalratswahl 2017 konnte die SPÖ vor allem wegen der überdurchschnittlich guten Ergebnisse in Wien oder anderen Städten (Graz, Linz oder Innsbruck) ihr Ergebnis von 2013 halten.

Wobei gerade in den Städten der Wettbewerb der Parteien ein besonders harter ist, wie auch Hofinger betont: Denn da rittern auch Neos und Grüne viel stärker mit als auf dem Land, das je ländlicher desto türkiser und blauer wird. Der SPÖ dürften jedenfalls jene Stimmen von Grünwählern, die 2017 zur SPÖ

von Christian Kern wanderten, diesmal zum Verhängnis werden. Die SPÖ bekam damals 160.000 grüne Stimmen. Bei der EU-Wahl im Mai kamen wiederum 130.000 grüne Stimmen von der SPÖ – ein Trend, der laut Prognosen anhalten wird.

Zu sagen, die Wahl werde in Niederösterreich oder Wien entschieden, sei aber so nicht möglich, sagt Hofinger. Denn die SPÖ könne beispielsweise mit einem starken Wien-Ergebnis allein nie und nimmer eine Wahl gewinnen – und auch die ÖVP brauche einen gewissen Rückhalt in den Städten, um gut abzuschneiden. In Zeiten sozialer Medien dächten Parteien zudem nicht mehr nur in bestimmten Bundesländern, sagt er. Denn die Wähler seien online überall mit den auf sie zugeschnittenen Botschaften erreichbar.

Tatsache ist, dass Niederösterreich mit 1,3 Millionen die meisten Wahlberechtigten hat, knapp gefolgt von Wien mit rund 1,2 Millionen – das sind mehr als ein Drittel aller Wahlberechtigten in Österreich. Hofinger: „Aber ganze Bundesländer oder Städte in einer Kampagne wegzulassen kann sich keine Partei leisten.“



Ob Stadt, ob Land: Jede Partei setzt ihre Themen.



BILDER: SN/ADBE STOCK

Bedenken gegen türkis-blaues Gewaltschutzpaket

WIEN. Nach der Expertenkritik an dem von ÖVP und FPÖ geplanten Gewaltschutzpaket drängt SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim auf einen Justizausschuss noch vor der Nationalratsitzung am 25. September. Das Gesetz solle dort beraten, die Ergebnisse des Begutachtungsverfahrens sollen berücksichtigt werden. Rund 25 Gesetze würden durch das Paket in sensiblen Bereichen geändert, viele Stellungnahmen im Begutachtungsverfahren seien sehr kritisch, gab Jarolim am Dienstag zu bedenken. Auch die Neos kritisieren die eilige Vorgangsweise von ÖVP und FPÖ beim Gewaltschutzpaket. SN, APA

Liste Jetzt will Kanzleramtssperre für Kurz

Faktencheck: Kann ein Comeback des Ex-Kanzlers auf gesetzlichem Weg verhindert werden?

WIEN. Die Liste Jetzt will eine Rückkehr Sebastian Kurz' ins Bundeskanzleramt mit rechtlichen Mitteln verhindern. Sowohl Bundeskanzler als auch Minister, die wie Kurz und seine Regierung per parlamentarischem Misstrauensvotum abgesetzt wurden, sollten nach der Wahl nicht mehr in ihren alten Funktionen angelobt werden können, schlug Jetzt-Abgeordneter Alfred Noll vor. Ein entsprechender Antrag soll am 19. September im Parlament eingebracht werden. In Deutschland sei eine solche Regelung bereits Realität, sagte Noll. Dort müsse

der Bundestag gleichzeitig mit dem Misstrauensvotum eine neue Bundeskanzlerin oder einen neuen Bundeskanzler wählen.

Abgesehen davon, dass der Noll-Antrag nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Nationalrat erreichen wird: Wie ist er rechtlich zu bewerten? Die Politikwissenschaftlerin Tamara Ehs, Vorsitzende der IG Demokratie, stößt sich vor allem an der von der APA wiedergegebenen Noll-Aussage: „Man kann nicht so tun, als ob die betroffenen Personen gleich darauf (nämlich nach dem Misstrauensantrag) wieder das Vertrauen des Parlaments hätten.“ Dazu Ehs in einem E-Mail an die SN:

„Niemand TUT SO. Über Herrn Kurz (so er wieder Kanzler wird) und allen Minister/innen wird von Anfang an wieder das Damoklesschwert des Misstrauensvotums hängen. Sie sind wie jeder andere neue Minister vom ständigen Nicht-Misstrauen des Nationalrats abhängig.“ Weshalb der Liste-Jetzt-Antrag „nicht notwendig“ sei.

Werner Zögernitz vom Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen gibt zu bedenken, dass die Liste-Jetzt-Idee möglicherweise einer Gesamtänderung der Bundesverfassung gleichkommen würde. Der Ausschluss einer wahlberechtigten Person von einer möglichen

Kanzler- oder Ministerschaft würde das demokratische und das rechtsstaatliche Prinzip der Verfassung berühren, eine diesbezügliche Änderung wäre also nur nach einer Volksabstimmung möglich.

Ehs und Zögernitz halten auch den Vergleich mit Deutschland für „nicht stimmig“ (Ehs). Das deutsche Modell sei im Vergleich zum österreichischen in parlamentarischer Hinsicht ein Rückschritt, sagt Zögernitz. Dort hätte Sebastian Kurz nur abgewählt werden können, wenn gleichzeitig Pamela Rendi-Wagner zur Kanzlerin gewählt worden wäre. Und dafür hätte sich wohl keine Mehrheit gefunden. a.k.

Dolmetscher bei Gericht wollen Inflationsabgeltung

WIEN. Die Gerichtsdolmetscher haben sich am Mittwoch mit einem Aktionstag für eine aus ihrer Sicht überfällige Inflationsabgeltung und eine Anhebung der Tarife auf ein marktgerechtes Niveau starkgemacht. „Das wäre das, was die Justiz lang gedienten Kollegen – und das sind die meisten von uns – schuldig wäre“, sagte Andrea Bernardi, die Präsidentin des Dolmetscher-Verbands. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, legten die Gerichtsdolmetscher am Mittwoch ihre Arbeit nieder. Laut Bernardi ist seit 2007 für die allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Dolmetscher inflationsbedingt ein Reallohnverlust von 22,6 Prozent eingetreten. SN, APA

Steier begrenzen Wahlkampfkosten

WIEN. Der steirische Landtag hat eine Wahlkampfkosten-Obergrenze von einer Million Euro je Partei für Landtagswahlen eingeführt. Sie gilt bereits für die Wahl am 24. November. Damit ist die Steuermark eines von nur fünf Ländern, das eine Beschränkung eingeführt hat. In vier Bundesländern, nämlich im Burgenland, Tirol, Oberösterreich und Salzburg, gibt es derzeit keine Kostenobergrenze. SN, APA